

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 4

Artikel: Die zweite Regierung Harold Wilson
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die zweite Regierung Harold Wilson

Harold Laski, seit den zwanziger Jahren bis zu seinem Tod 1950 der führende Theoretiker der Labourbewegung, hat das bestehende britische Wahlrecht immer mit dem Argument verteidigt, es komme nicht so sehr darauf an, ein Parlament zu haben, das ein genaues Spiegelbild der Stärke der einzelnen Auffassungen sei, als eines, das dem Land eine stabile Regierung gebe. Zum erstenmal nach 45 Jahren hat sich wieder einmal gezeigt, dass es nach dieser Richtung keine Garantie gibt; das widerlegt aber an sich nicht die Theorie, dass sich das System im Laufe der Jahrhunderte bewährt hat und der Sozialstruktur des Landes am ehesten angemessen ist. Das Wahlrecht ist dem Aufstieg der Labour Party zu ihrer führenden Position nicht im Wege gestanden und hat ihr in der Vergangenheit Möglichkeiten gegeben, die ihr ein Verhältniswahlrecht wahrscheinlich vorenthalten hätte. Sei dem wie immer, eine Aussicht auf eine Änderung, die die Zahl der Mandate der einzelnen Parteien in stärkeren Einklang mit der von ihnen erzielten Stimmenzahl bringen würde, besteht kaum.

Die konservative Regierungspartei ist zu einem sachlich nicht notwendigen vorzeitigen Wahlgang in der sicheren Erwartung angetreten, mit einer verstärkten parlamentarischen Mehrheit im Amt bestätigt zu werden. Sie hat dieses Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern wurde entscheidend geschlagen. In einem bravourös geführten Wahlkampf konnte die sozialistische Opposition die Wählerschaft angesichts der riesigen Preissteigerungen der letzten Jahre zwar von der Unfähigkeit der Konservativen überzeugen, die Inflation wirksam und sozial gerecht zu bekämpfen, nicht aber von der Fähigkeit Labours, es diesbezüglich besser zu machen. Darum haben Millionen Menschen beiden grossen Parteien einen Denkartel verabreichen wollen und sich entweder für nach Dezentralisierung rufende Regionalparteien oder für die Liberalen entschieden, die kein «spezifisch liberales» Programm haben, sondern ihre Lebensberechtigung nur davon ableiten, weder Konservative noch auch Sozialisten zu sein. Die Enttäuschung der Sozialisten darüber, dass ihnen eine parlamentarische Mehrheit versagt blieb, sollte aber die erfreuliche Tatsache nicht vergessen machen, dass ein Argument ihrer konservativen Gegenspieler sich als vollkommen unwirksam erwies, nämlich der Versuch, die Bevölkerung mit dem kommunistischen Gespenst zu schrecken, das angeblich hinter einem Laboursieg lauern würde. Es ist bezeichnend, dass sich die Konservativen gezwungen sahen, diese Art der Agitation mitten im Wahlkampf abubrechen.

Die Rückkehr an die Macht

Nicht im Glanze eines grossen Wahlsiegs ist die Labour Party mit Harold Wilson an der Spitze zur Regierungsgewalt zurückgekehrt, aber es ist doch ein Triumph vor allem für den Mann, dem man so oft nachgesagt

hat, er habe keine politische Zukunft mehr und der heute als Führer der grössten Partei des Unterhauses die Regierungsgeschäfte so leitet, als hätte er eine starke Mehrheit hinter sich. Da weder eine Koalition von Konservativen und Liberalen noch eine – nie auch nur erörterte – Koalition von Sozialisten und Liberalen eine Unterhausmehrheit hätte, ist eine von Wilson geführte sozialistische Minderheitsregierung der im Augenblick einzig mögliche Ausweg aus der Situation.

Die rasche Beilegung des Bergarbeiterstreiks ist sicher ein moralischer Erfolg für sie, doch ob und inwieweit es ihr gelingen kann, der drängenden Probleme, vor denen das Land steht, wirklich Herr zu werden, ist eine andere Frage. Aber es war zweifellos ein geschickter Schachzug von Wilson, rasch eine nur nach seinen Begriffen und nicht unter Bedachtnahme auf aussenstehende Kräfte zusammengesetzte Regierung auf die Beine zu stellen. Er will nicht von Gnaden der parlamentarischen Opposition regieren, sondern dadurch, dass er sie zwingt, populären und nach den Vorstellungen der Regierung den Weg aus der Krise zeigenden Massnahmen nicht den Weg zur Verwirklichung zu versperren. Viel wird es da zum Beispiel darauf ankommen, ob Shirley Williams, Leiterin eines neugeschaffenen Ministeriums für Preisfragen und Konsumentenschutz, einige greifbare und fühlbare Erfolge beschieden sein werden. Aus einer Reihe von Gründen werden sich sowohl Konservative als auch Liberale einige Zeit hüten, zu einem Frontalangriff auf die Regierung Wilson anzutreten. Die überstürzte Erzwingung von Neuwahlen, die überdies kaum ein wesentlich verschiedenes Ergebnis bringen könnten, würde ihnen in den Augen der Bevölkerung schaden. (Es ist seit 1910 nicht vorgekommen, dass zweimal innerhalb eines Jahres gewählt worden ist.) Ausserdem würde es allen Traditionen in einem so sehr am Traditionellen hängenden Land widersprechen, einer neu ins Amt gekommenen Regierung nicht eine gewisse Bewährungs- oder Schonfrist zu geben. Aber das kann kaum allzu lange anhalten. Wilson wird trachten, den früher oder später unvermeidlichen Kampf um eine parlamentarische Mehrheit im Wege von Neuwahlen zu einem der Laboursache durch positive Errungenschaften günstigen Zeitpunkt hinauszuschieben, wenn möglich zumindest für ein Jahr.

Die Europafrage

So wie in der vorhergehenden Regierung Wilson, sind auch in der jetzigen alle Flügel der Partei vertreten, Rechts, Links und Mitte, «Europäer» und «Anti-Europäer». Die Augen des Auslands sind natürlich vor allem darauf gerichtet, was die neue Regierung mit ihrer Minderheitsstellung in der innerparteilich so umstrittenen Frage der Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften tun wird. Darüber hat es gleich allerhand Theorien gegeben, die alle nur auf Mutmassungen beruhen. Sicher ist wohl nur soviel, dass schon angesichts der Krise, in der sich die Europäischen Gemeinschaften befinden, irgendwelche weittragende Entscheidungen in diesem oder jenem Sinne für die nächste Zukunft nicht zu erwarten sind.

Der neue Aussenminister James Callaghan hat die taktischen Wendungen Harold Wilsons in der Europafrage getreulich mitgemacht. Er war 1967 als Schatzkanzler kein fanatischer Verfechter des britischen Beitritts, sondern hat ihn mit dem Argument befürwortet, man könne als Mitglied der Gemeinschaften mehr erreichen als durch Kritik von aussen. In der Opposition hat er zwischen 1971 und 1973 die Beitrittsbedingungen als unannehmbar bezeichnet, ist aber nicht als fanatischer Beitrittsgegner aufgetreten. (Roy *Hattersley*, der als Staatsminister im Aussenministerium direkt mit dem Europaproblem befasst sein wird, ist einer der 69 Abgeordneten, die 1971 für den Beitritt stimmten.) Die Taktik in der Europafrage wird jedoch nicht von einem einzelnen Minister bestimmt, wie wichtig seine persönliche Einstellung auch sein mag, sondern vom Gesamtkabinett, das in seiner ausgewogenen Zusammensetzung Befürchtungen wegen der möglichen Folgen einer Isolierung eines auf internationale Zusammenarbeit angewiesenen Grossbritanniens kaum ganz unterdrücken könnte.

Die Preis- und Einkommenspolitik

Im Wahlkampf litten die Sozialisten darunter, dass ihrer Konzeption der Inflationsbekämpfung ausgesetzt werden konnte, sie konzentrierte sich auf Kontrollen im Preissektor und sehe keinerlei Beschränkungen im Lohnsektor vor. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbund über diese Frage war es im Februar 1973 zu einer Einigung gekommen, die Wilson als «sozialen Kontakt» bezeichnete und in der sich wegen des Widerstands einiger Gewerkschaften kein ausdrücklicher Hinweis auf eine von anderen Gewerkschaften vorgeschlagene «freiwillige Einkommenspolitik» fand. Aber es war, wie die spätere Entwicklung zeigte, nur ein Streit um Worte, die die einen gebrauchen und die anderen vermeiden wollten. Der Machtantritt einer Labourregierung, die, was in diesem Falle durchsetzbar erscheint, die von den Konservativen eingeführte gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung und andere ihrer antisozialen Massnahmen beseitigen, aber auch positive soziale Gesichtspunkte verwirklichen wird, hat mit einem Schlag ein neues soziales Klima geschaffen. In einer vorsichtig formulierten Erklärung hat der Generalrat des Gewerkschaftsbundes angedeutet, es werde nun möglich sein, dass das Ausmass von Lohnforderungen durch diese Schritte beeinflusst wird.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor in den Bemühungen um eine Verständigung zwischen Regierung und Gewerkschaften ist die Ernennung von Michael *Foot* zum Arbeitsminister. Das ist nicht deswegen ein interessantes Experiment, weil Foot zu Recht oder Unrecht als «kompromissloser Linker» gilt, sondern weil der fast 61jährige noch nie ein Regierungsamt versehen hat und bisher nie mit der Beilegung von Arbeitskonflikten oder mit Gewerkschaftsproblemen überhaupt zu tun hatte. Bis nun war er der Öffentlichkeit nur als einer der besten, wenn nicht der beste, Parlamentarier des Landes und als vielbewunderter Meister des gesprochenen und geschriebenen Wortes bekannt. Als «unbeschriebenes Blatt» bringt er

einen ganz neuen Geist in die Welt der Arbeitsbeziehungen, was ihm und der Regierung zumindest Anfangserfolge sichert. Die Frage ist nur, inwieweit er sein Temperament wird zügeln können, sobald sich später einmal ein «Nein» als unausweichlich erweist.

Auskunftsmittel Dreiparteienregierung?

Die Liberalen sind natürlich keine ganzen, halben oder Viertel-Sozialisten, aber antisozialistische Kampfstellungen sind ihnen fremd. Sie haben, weil ihnen das durch Mitgenommenwerden Aufwind geben würde, als Ausweg aus der durch das Wahlergebnis geschaffenen Situation eine gemeinsame Regierung der drei Parteien vorgeschlagen und sie dürften diesen Vorschlag beim Auftauchen der geringsten Schwierigkeit wiederholen. Diesen nur dem oberflächlichen Betrachter bequem scheinenden Ausweg wird Wilson nie gehen. Wenn man von der Kriegskoalition absieht, wurde der erste und vorläufig letzte Versuch dieser Art 1931 vom damaligen Premierminister einer sozialistischen Minderheitsregierung Ramsay MacDonald mit katastrophalen Folgen für das Land und die Partei gemacht, und die damals gemachten Erfahrungen sind für letztere nach mehr als vierzig Jahren noch ein Schreckgespenst. Aber noch gewichtiger erscheint, dass eigentlich nur in der – an sich gewiss nicht bedeutungslosen – Frage Nordirland ein gewisses Einverständnis zwischen Sozialisten, Konservativen und Liberalen darüber besteht, was das Staatsinteresse verlangt. Hier haben die Konservativen die erste Regierung Wilson nicht daran gehindert, sich um Gerechtigkeit für die irisch-katholische Minderheit zu bemühen. Labour hat in der Opposition die Regierung Heath in der Fortsetzung dieser Politik unterstützt und die Konservativen dürften Wilson und dessen Nordirland-Minister Merlyn Rees jetzt kaum bei Bestrebungen Schwierigkeiten bereiten, die dortige Situation zu retten, die sich dadurch neuerlich zugespitzt hat, dass der Erfolg der protestantischen Extremisten bei den Wahlen alles Erreichte wieder in Frage stellt.

In allen anderen Dingen sind sowohl Sozialisten als auch Konservative fest davon überzeugt, dass nur die Verwirklichung ihres Wahlprogramms das Land aus der Krise führen und dass es eine von ideologischen Gesichtspunkten unbeschwerte Politik nicht geben kann.

Das Nationalisierungsproblem

Natürlich bedeutet die Entschlossenheit der Labourregierung, um die Verwirklichung ihres Programms zu kämpfen, nicht, dass man die Augen vor den Realitäten verschliessen will. Wenn der neue Schatzkanzler Denis Healey dem Unterhaus ein deutlich, vor allem im Bereich der Steuern, auf soziale Gerechtigkeit aufgebautes Budget vorlegt, wenn die Regierung Wilson die Altersrenten erhöht und das gewerkschaftsfeindliche «Gesetz über Arbeitsbeziehungen» beseitigt, kann sie mit der aktiven oder zumindest passiven Hilfe der Liberalen und mancher kleinerer Gruppen rechnen. Aber wie steht es mit dem Festhalten an sozialistischen Zielsetzungen?

Niemand will «mit der Tür ins Haus fallen», doch gibt es auch bei Beharren auf einem vollen Programm so etwas wie Prioritäten, und deren Auswahl wird um so gewichtiger, da die Regierung nicht mit der normalen fünfjährigen Legislaturperiode rechnen kann. Mögen die Liberalen sich theoretisch noch so sehr gegen «unsinnige» und «doktrinäre» Nationalisierungsvorschläge ereifern, werden sie sich kaum leichten Herzens entschliessen, gegen eine von der Regierung Wilson vorbereitete Nationalisierung des Baulands zu stimmen, die – was sie als ihr Ziel angeben – der Grundstückspekulation an den Leib rücken und den Wohnungsbau verbilligen soll. Auch die von Wilson geplante Sicherung der Interessen der Allgemeinheit bei der Auswertung der grossen neuen Funde von Erdöl in der Nordsee – nach norwegischem Muster soll der Staat einen 51prozentigen Anteil haben – muss sie zusammen mit den jetzt gewählten sieben schottischen Nationalisten nicht unbedingt im Lager der Gegner finden.

Wie immer man es nimmt, bedrängen Labours Minderheitsregierung Schwierigkeiten an allen Ecken und Enden. Wilson muss alles daran setzen, damit die mühsam verkleisterten innerparteilichen Gegensätze nicht oder nicht zu plötzlich zu offenem Konflikt, zu Demissionen und damit zur Verschiebung eines kunstvoll hergestellten Gleichgewichts in der Regierung führen. Er darf der parlamentarischen Opposition keine Gelegenheit geben, ihm zu einem ihr passenden Zeitpunkt ein Bein zu stellen. Grossbritannien braucht eine Anleihe vom Internationalen Währungsfonds und auch sonst ausländische Hilfe, vor allem von den europäischen Partnern, was die Manövrierfreiheit weiter einengt. Aber gerade diese Fülle von Schwierigkeiten mag sich als ein Rettungsanker für die Regierung Wilson erweisen, denn niemand in der Partei, im Land und in der übrigen Welt hat im Augenblick ein Interesse daran, dass Grossbritannien in eine neuerliche Regierungskrise gestürzt wird. Wilson kann daher auch im Ausland ungeachtet aller durch seine Kehrtwendungen in der Frage der britischen Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften geschaffenen Missstimmung auf Verständnis und ein gewisses Entgegenkommen rechnen, das einer Labourregierung in einer Minderheitsposition sonst versagt wäre. Harold Wilson hat in allen Parteilagern des Landes den Ruf, der geschickteste politische Taktiker des Landes zu sein. Die nächsten Monate werden ihm reichlich Gelegenheit geben, sich in dieser Rolle zu bewähren.